

**Tagesordnung 1 Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 15.09.2004**

Vorlage Nr. 04-F-02-0026

**Dringliche Anfrage der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 24.03.2004**

---

1. Welche unmittelbaren und mittelbaren Konsequenzen für die Landeshauptstadt erwartet der Magistrat durch die Wirkung des neugefassten § 8a KStG auf Gesellschaften in Wiesbaden?
  2. Wie bewertet der Magistrat die zu erwartenden Auswirkungen und Konsequenzen?
- 

**Beschluss Nr. 0379**

Der mündliche Bericht des Magistrats, Dez. III, wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung nimmt weiterhin die Zusage des Stadtkämmerers zur Kenntnis, wonach die Stellungnahme der Bundesregierung an die Fraktionen weitergeleitet werden wird.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2004

Winkelmann  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2004

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2004

Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister